

RIJKSINSTITUUT
VOOR ZIEKTE- EN INVALIDITEITSVERZEKERING

[C – 2022/34195]

22 MAART 2010. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 15 juli 2002 tot uitvoering van Hoofdstuk IIIbis van Titel III van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 22 maart 2010 tot wijziging van het koninklijk besluit van 15 juli 2002 tot uitvoering van Hoofdstuk IIIbis van Titel III van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994 (*Belgisch Staatsblad* van 2 april 2010).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

INSTITUT NATIONAL
D'ASSURANCE MALADIE-INVALIDITÉ

[C – 2022/34195]

22 MARS 2010. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 15 juillet 2002 portant exécution du Chapitre IIIbis du Titre III de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 22 mars 2010 modifiant l'arrêté royal du 15 juillet 2002 portant exécution du Chapitre IIIbis du Titre III de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994 (*Moniteur belge* du 2 avril 2010).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

LANDESINSTITUT FÜR KRANKEN- UND INVALIDENVERSICHERUNG

[C – 2022/34195]

22. MÄRZ 2010 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 15. Juli 2002 zur Ausführung von Titel III Kapitel IIIbis des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 22. März 2010 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 15. Juli 2002 zur Ausführung von Titel III Kapitel IIIbis des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST SOZIALE SICHERHEIT

22. MÄRZ 2010 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 15. Juli 2002 zur Ausführung von Titel III Kapitel IIIbis des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, des Kapitels IIIbis, eingefügt in Titel III durch das Gesetz vom 5. Juni 2002 und abgeändert durch die Gesetze vom 22. August 2002 und 24. Dezember 2002, die Königlichen Erlasse vom 2. Februar 2004 und 3. März 2004, die Gesetze vom 9. Juli 2004, 27. Dezember 2005, 27. Dezember 2006, den Königlichen Erlass vom 3. Juni 2007 und die Gesetze vom 24. Juli 2008 und 19. Dezember 2008, der Artikel 37octies, 37undecies und 37duodecies;

Aufgrund des Gesetzes vom 5. Juni 2002 über den in der Gesundheitspflegeversicherung fakturierbaren Höchstbetrag, abgeändert durch die Gesetze vom 27. Dezember 2005 und 19. Dezember 2008, der Artikel 3 und 4;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 15. Juli 2002 zur Ausführung von Titel III Kapitel IIIbis des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 8. April 2003, 22. Januar 2004, 2. Februar 2004, 3. Mai 2006, 6. März 2007, 3. Juni 2007 und 12. August 2008, der Artikel 13, 14, 15, 16, 25 und 26;

Aufgrund der Stellungnahme der Haushaltskontrollkommission vom 28. Januar 2009;

Aufgrund der Stellungnahme des Gesundheitspflegeversicherungsausschusses vom 2. Februar 2009;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 12. März 2009;

Aufgrund des Einverständnisses des Staatssekretärs für Haushalt vom 12. November 2009;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 47460/2 des Staatsrates vom 15. Dezember 2009, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag der Ministerin der Sozialen Angelegenheiten und aufgrund der Stellungnahme der Minister, die im Rat darüber beraten haben,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - In Kapitel III Abschnitt I des Königlichen Erlasses vom 15. Juli 2002 zur Ausführung von Titel III Kapitel IIIbis des am 14. Juli 1994 koordinierten Gesetzes über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung wird ein Artikel 7bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Art. 7bis - Wenn der Gesamtbetrag der Eigenanteile im Sinne von Artikel 37octies § 2 Absatz 2 des Gesetzes, die tatsächlich durch denselben Begünstigten für Leistungen getragen wurden, die während der zwei Kalenderjahre erbracht worden sind, die dem laufenden Jahr, für das das Recht auf den fakturierbaren Höchstbetrag untersucht wird, unmittelbar vorausgehen, mindestens 450 EUR pro Jahr erreicht, wird für die Anwendung von Artikel 37octies § 1 des Gesetzes der Referenzbetrag in Bezug auf Leistungen, die während des laufenden Jahres erbracht und vom Haushalt, der sich aus den Begünstigten der erhöhten Beteiligung zusammensetzt, tatsächlich getragen worden sind, um 100 EUR verringert.

Die Senkung des Gesamtbetrags der Eigenanteile in Bezug auf die im laufenden Jahr erbrachten Leistungen kann für dieses Jahr nur einmal angewendet werden, selbst wenn es in dem Haushalt, der sich aus den Begünstigten der erhöhten Beteiligung zusammensetzt, mehr als einen Begünstigten gibt, dessen Gesamtbetrag der Eigenanteile während der beiden Kalenderjahre, die dem laufenden Jahr, für das das Recht auf den fakturierbaren Höchstbetrag untersucht wird, unmittelbar vorausgehen, mindestens 450 EUR pro Jahr erreicht.

Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 werden zum ersten Mal bei der Untersuchung des Rechts auf den fakturierbaren Höchstbetrag für das Jahr 2009 angewendet.“

Art. 2 - Artikel 13 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen den Wörtern "Wenn der anwendbare Referenzbetrag" und den Wörtern "erreicht ist" werden die Wörter "im Rahmen von Artikel 37octies § 1 des Gesetzes" eingefügt.

2. Ein zweiter Absatz mit folgendem Wortlaut wird eingefügt:

"Der Versicherungsträger geht ebenso vor, sobald der vom König festgelegte verringerte Referenzbetrag in Anwendung von Artikel 37octies § 2 des Gesetzes erreicht ist."

Art. 3 - In Kapitel III Abschnitt III desselben Erlasses wird ein Artikel 13bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 13bis - Der Versicherungsträger, der im Hinblick auf die Anwendung von Artikel 37octies § 2 des Gesetzes das Recht auf den fakturierbaren Höchstbetrag für den Haushalt untersucht, der unter seinen Mitgliedern einen Begünstigten zählt, der während der beiden Kalenderjahre, die dem laufenden Jahr, für das das Recht auf den fakturierbaren Höchstbetrag untersucht wird, unmittelbar vorausgehen, bei einem oder mehreren Versicherungsträgern angeschlossen war, fordert Letztere auf, ihm den Betrag der durch diesen Begünstigten tatsächlich getragenen Eigenanteile im Sinne von Artikel 37octies § 2 Absatz 2 des Gesetzes für die betreffenden Kalenderjahre mitzuteilen."

Art. 4 - Artikel 14 desselben Erlasses, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 6. März 2007 und 3. Juni 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Wörter "Artikel 37undecies" durch die Wörter "Artikel 37undecies § 1" ersetzt.

2. Der heutige Absatz 2 wird Absatz 5 und ein neuer Absatz 2, 3 und 4 mit folgendem Wortlaut wird eingefügt:

"Der Referenzbetrag, der gemäß Artikel 37undecies § 1 Absatz 1 des Gesetzes auf diesen Haushalt anwendbar ist, wird um einen Betrag von 100 EUR verringert, wenn der Gesamtbetrag der Eigenanteile im Sinne von Artikel 37undecies § 2 Absatz 3 des Gesetzes, die tatsächlich von demselben Begünstigten dieses Haushalts für Leistungen getragen wurden, die während der beiden Kalenderjahre erbracht worden sind, die dem laufenden Jahr, für das das Recht auf den fakturierbaren Höchstbetrag untersucht wird, unmittelbar vorausgehen, mindestens 450 EUR pro Jahr erreicht.

Die in vorhergehendem Absatz erwähnte Senkung des Gesamtbetrags der Eigenanteile in Bezug auf die im laufenden Jahr erbrachten Leistungen kann für dieses laufende Jahr nur einmal angewendet werden, selbst wenn es in dem Haushalt mehr als einen Begünstigten gibt, dessen Gesamtbetrag der Eigenanteile während der beiden Kalenderjahre, die dem laufenden Jahr, für das das Recht auf den fakturierbaren Höchstbetrag untersucht wird, unmittelbar vorausgehen, mindestens 450 EUR pro Jahr erreicht.

Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 werden zum ersten Mal bei der Untersuchung des Rechts auf den fakturierbaren Höchstbetrag für das Jahr 2009 angewendet."

Art. 5 - Artikel 15 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 2. Februar 2004, wird wie folgt abgeändert:

1. Im bestehenden Absatz werden die Wörter "Artikel 37undecies Absatz 2 des Gesetzes" durch die Wörter "Artikel 37undecies § 1 Absatz 3 des Gesetzes" ersetzt.

2. Ein Absatz 2 und ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut werden eingefügt:

"Der Referenzbetrag, der gemäß Artikel 37undecies § 1 Absatz 3 des Gesetzes auf dieses Kind anwendbar ist, wird um einen Betrag von 100 EUR verringert, wenn der Gesamtbetrag der Eigenanteile im Sinne von Artikel 37undecies § 2 Absatz 3 des Gesetzes, die tatsächlich von diesem Kind für Leistungen getragen wurden, die während der beiden Kalenderjahre erbracht worden sind, die dem laufenden Jahr, für das das Recht auf den fakturierbaren Höchstbetrag untersucht wird, unmittelbar vorausgehen, mindestens 450 EUR pro Jahr erreicht.

Absatz 2 wird zum ersten Mal bei der Untersuchung des Rechts auf den fakturierbaren Höchstbetrag für das Jahr 2009 angewendet."

Art. 6 - Artikel 16 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 6. März 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Wörter "Artikel 37octies des Gesetzes" durch die Wörter "Artikel 37octies § 1 Absatz 1 des Gesetzes" ersetzt.

2. Artikel 16 wird durch einen Absatz 2 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"Wenn während des Jahres, für das das Recht auf den fakturierbaren Höchstbetrag untersucht wird, der in Artikel 14 Absatz 2 erwähnte verringerte Referenzbetrag durch den in Artikel 37decies § 1 des Gesetzes erwähnten Haushalt erreicht wird, der unter seinen Mitgliedern einen Begünstigten zählt, dessen Gesamtbetrag der tatsächlich getragenen Eigenanteile im Sinne von Artikel 37undecies § 2 Absatz 3 des Gesetzes mindestens 450 EUR pro Jahr für Leistungen erreicht, die während der beiden Kalenderjahre erbracht worden sind, die dem laufenden Jahr, für das das Recht auf den fakturierbaren Höchstbetrag untersucht wird, unmittelbar vorausgehen, übermittelt der Versicherungsträger, der die Akte verwaltet, dem Dienst für verwaltungstechnische Kontrolle des Instituts gemäß den von diesem Dienst festgelegten Modalitäten die Identität und die Erkennungsnummer der sozialen Sicherheit der Begünstigten, die den oben erwähnten Haushalt bilden, außer wenn der in Artikel 37decies § 1 des Gesetzes erwähnte Haushalt sich nur aus den in Artikel 37octies § 1 Absatz 1 des Gesetzes erwähnten Personen zusammensetzt."

Art. 7 - In Artikel 23 Absatz 4 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 6. März 2007, werden die Wörter "Artikel 37undecies des Gesetzes" durch die Wörter "Artikel 37undecies § 1 des Gesetzes" ersetzt.

Art. 8 - Artikel 25 desselben Erlasses, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 6. März 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen den Wörtern "sobald festgestellt wird, dass der fakturierbare Höchstbetrag" und den Wörtern "den Begünstigten des betreffenden Haushalts für das Kalenderjahr der Bewilligung bewilligt werden kann" werden die Wörter "im Sinne von Artikel 37undecies § 1 des Gesetzes" eingefügt.

2. Ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut wird eingefügt:

"Der Versicherungsträger geht ebenso vor, wenn der vom König verringerte Referenzbetrag in Anwendung von Artikel 37undecies § 2 des Gesetzes erreicht ist."

Art. 9 - In Kapitel IV Abschnitt IV desselben Erlasses wird ein Artikel 25bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 25bis - Der Versicherungsträger, der im Hinblick auf die Anwendung von Artikel 37undecies § 2 des Gesetzes das Recht auf den fakturierbaren Höchstbetrag für den Haushalt untersucht, der unter seinen Mitgliedern einen Begünstigten zählt, der während der beiden Kalenderjahre, die dem laufenden Jahr, für das das Recht auf den fakturierbaren Höchstbetrag untersucht wird, unmittelbar vorausgehen, bei einem oder mehreren Versicherungsträgern angeschlossen war, fordert diese(n) Versicherungsträger auf, den Betrag der durch diesen Begünstigten tatsächlich getragenen Eigenanteile im Sinne von Artikel 37undecies § 2 Absatz 3 des Gesetzes für die betreffenden Kalenderjahre mitzuteilen.”

Art. 10 - Artikel 26 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Zwischen den Wörtern “Ein behindertes Kind, für das aufgrund seiner Behinderung ein Beschluss zur Bewilligung erhöhter Kinderzulagen gefasst worden ist” und den Wörtern “, hat ungeachtet der Einkünfte des Haushalts, dem es angehört, Anspruch auf den fakturierbaren Höchstbetrag,” werden die Wörter “oder das die sozialmedizinischen Bedingungen erfüllt, um gemäß Artikel 47 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger oder gemäß Artikel 20 des Königlichen Erlasses vom 8. April 1976 zur Festlegung der Regelung der Familienleistungen für Selbständige den Anspruch auf erhöhte Kinderzulagen zu erhalten” eingefügt.

2. Nummer 2 wird wie folgt ergänzt:

“, oder umfasst einen Zeitraum, während dessen das Kind die sozialmedizinischen Bedingungen erfüllt, um gemäß Artikel 47 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger oder gemäß Artikel 20 des Königlichen Erlasses vom 8. April 1976 zur Festlegung der Regelung der Familienleistungen für Selbständige den Anspruch auf erhöhte Kinderzulagen zu erhalten.”

Art. 11 - Vorliegender Erlass wird mit 1. Januar 2009 wirksam, mit Ausnahme von Artikel 10, der ab dem fakturierbaren Höchstbetrag des Jahres 2008 anwendbar ist.

Art. 12 - Die für die Sozialen Angelegenheiten zuständige Ministerin ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 22. März 2010

ALBERT

Von Königs wegen:

Die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten und der Volksgesundheit, beauftragt mit der Sozialeingliederung
L. ONKELINX

GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

VLAAMSE GEMEENSCHAP — COMMUNAUTE FLAMANDE

VLAAMSE OVERHEID

[C – 2022/34428]

28 OKTOBER 2022. — Besluit van de Vlaamse Regering houdende wijziging van het besluit van de Vlaamse Regering van 15 februari 2008 tot vaststelling van de regels voor de erkenning en financiering door de Vlaamse Dienst voor Arbeidsbemiddeling en Beroepsopleiding van de gespecialiseerde trajectbepaling- en -begeleidingsdienst, de gespecialiseerde arbeidsonderzoeksdiensten en de gespecialiseerde opleidings-, begeleidings- en bemiddelingsdiensten, het besluit van de Vlaamse Regering van 5 juni 2009 houdende de organisatie van de arbeidsbemiddeling en de beroepsopleiding en het besluit van de Vlaamse Regering van 2 februari 2018 houdende de uitvoering van het decreet van 25 april 2014 houdende de werk- en zorgtrajecten, wat betreft de activeringstrajecten en de arbeidsmatige activiteiten

Rechtsgronden

Dit besluit is gebaseerd op:

- het decreet van 7 mei 2004 tot oprichting van het publiekrechtelijk vormgegeven extern verzelfstandigd agentschap “Vlaamse Dienst voor Arbeidsbemiddeling en Beroepsopleiding”, artikel 5, §1/1, 3°, gewijzigd bij de decreten van 9 december 2016, 29 maart 2019 en 29 mei 2020, en §2, gewijzigd bij het decreet van 14 januari 2022;
- het decreet van 25 april 2014 houdende de werk- en zorgtrajecten, artikel 23.

Vormvereisten

De volgende vormvereisten zijn vervuld:

- De raad van bestuur van de Vlaamse Dienst voor Arbeidsbemiddeling en Beroepsopleiding heeft advies gegeven op 27 april 2022.
- Het ontwerp werd in overeenstemming gebracht met het Wetgevingstechnisch- en Taaladvies nr.2022/204, gegeven op 7 juni 2022.
- Het begrotingsakkoord werd gegeven op 12 juli 2022.
- De SERV heeft advies gegeven op 24 augustus 2022.
- De Vlaamse toezichtcommissie voor de verwerking van persoonsgegevens heeft advies nr. 2022/087 gegeven op 6 september 2022.